



Mittelstandspolitik, Existenzgründungen, Dienstleistungen

Auf den Mittelstand setzen

Verantwortung stärken – Freiräume erweitern

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit/L2

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Titelbild

shutterstock.de

Druck

Silber Druck oHG, Niestetal

**Herausgeber**

Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit/L2
10115 Berlin
www.bmwi.de

Stand

Januar 2011



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.

Inhalt

| | |
|---|----|
| Grußwort | 2 |
| Zusammenfassung | 3 |
| 1. Auf den Mittelstand setzen | 5 |
| 2. Ideen voranbringen – Innovationen schaffen Dynamik | 7 |
| 3. Potenziale nutzen – Fachkräfte sind die Basis | 10 |
| 4. Unternehmergeist stärken – Nachfolger und Gründer stehen im Fokus..... | 14 |
| 5. Neue Chancen eröffnen – Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist der Schlüssel | 17 |
| 6. Wachstum ermöglichen – Unternehmensfinanzierung ist die Voraussetzung | 20 |
| 7. Unabhängigkeit stärken – Rohstoffe müssen gesichert, Ressourcen effizient genutzt werden | 23 |
| 8. Spielräume schaffen – Weniger Bürokratie stärkt Eigenverantwortung | 26 |
| 9. Den Dialog mit dem Mittelstand vertiefen..... | 29 |

Grußwort



Die deutsche Wirtschaft wächst kräftig. Sie ist inzwischen die Konjunkturlokomotive in Europa. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit knapp zwei Jahrzehnten nicht mehr, und am Arbeitsmarkt entstehen neue Arbeitsplätze. Einen großen Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung haben die kleinen und mittleren Unternehmen. Mit Leistungsbereitschaft und Innovationskraft haben sie Deutschland auf Wachstumskurs gebracht.

Mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer stehen persönlich für den Unternehmenserfolg. Sie tragen Verantwortung für ihre Mitarbeiter. Und sie sind eng mit den Regionen verbunden, in denen sie tätig sind. Damit tragen sie wesentlich zur Sozialen Marktwirtschaft und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bei.

Unser Ziel ist es, die Bedingungen für unternehmerisches Handeln weiter zu verbessern. „Auf den Mittelstand setzen: Verantwortung stärken – Freiräume erweitern“, unter diesem Titel präsentiert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die wichtigsten Themen der Mittelstandspolitik. Wir werden Impulse in den Bereichen Innovationen, Fachkräfte, Gründungen und Unternehmensnachfolge, Marktchancen im Ausland, Finanzierung, Energie- und Ressourceneffizienz sowie Bürokratieabbau setzen. Zugleich straffen wir die Förderprogramme und stellen kleinere und mittlere Unternehmen dabei noch stärker in den Fokus. All dieses geschieht im engen Dialog mit der Wirtschaft.

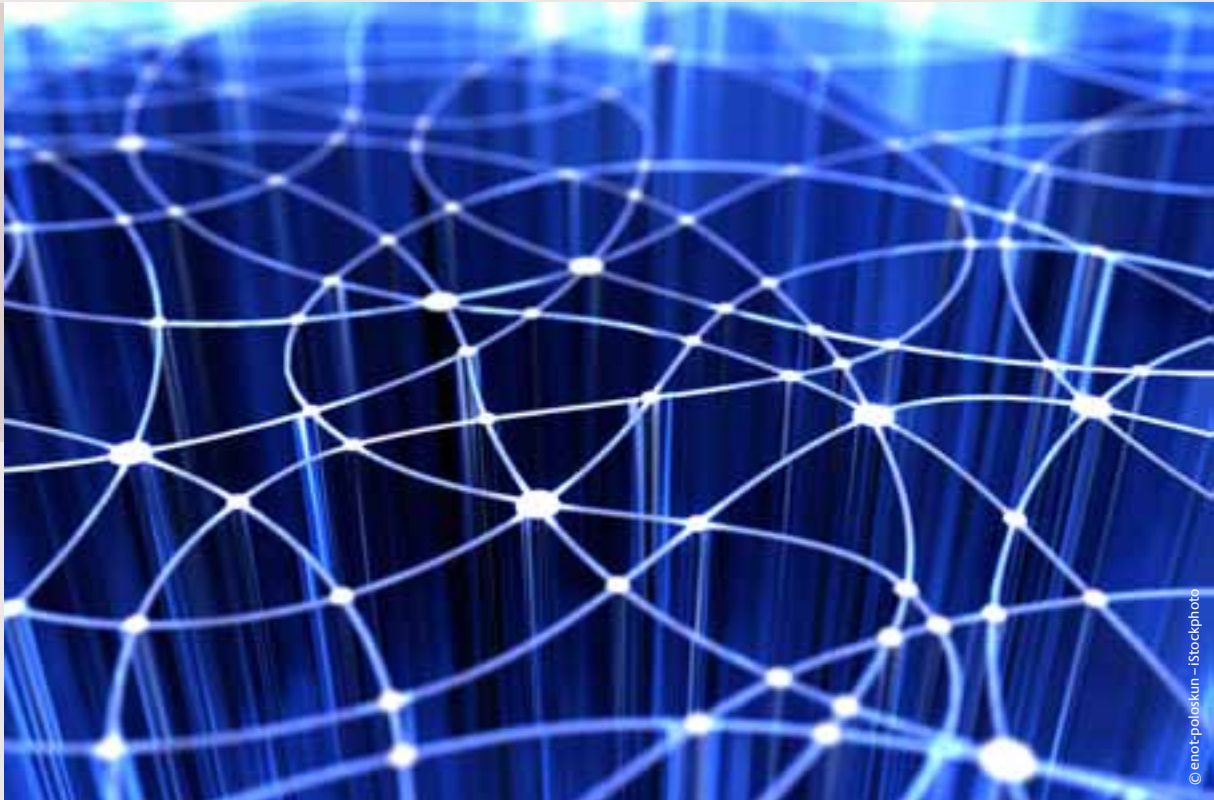
Es ist Sache der Unternehmen, die vorhandenen Freiräume für neue Ideen und Produkte zu nutzen. Ich setze auf den Mittelstand, auf seinen Mut zur Verantwortung und seine Leistungsbereitschaft.

Ihr

Rainer Brüderle MdB

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Zusammenfassung



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat in seiner neuen Initiative für den Mittelstand „Auf den Mittelstand setzen, Verantwortung stärken – Freiräume erweitern“ sieben Themenbereiche identifiziert, die für kleine und mittlere Unternehmen und ihren wirtschaftlichen Erfolg von zentraler Bedeutung sind:

- ▶ Innovationen,
- ▶ Fachkräfte,
- ▶ Unternehmensnachfolgen und Gründungen,
- ▶ Marktchancen im Ausland,
- ▶ Finanzierung,
- ▶ Rohstoffe, Energie- und Materialeffizienz sowie
- ▶ Bürokratieabbau.

In diesen Bereichen verbessert die Bundesregierung – im engen Dialog mit der mittelständischen Wirtschaft – die Bedingungen für unternehmerisches Handeln, schafft neue Freiräume für kleine und mittlere Unternehmen und gibt zusätzliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

In der Wirtschaftspolitik für kleine und mittlere Unternehmen wird das BMWi in nächster Zeit folgende Themen besonders intensiv verfolgen:

Innovationen: Viele mittelständische Unternehmen in Deutschland sind hoch innovativ. Dennoch gibt es Größennachteile. Um diese zu kompensieren und die Forschungs- und Innovationsfähigkeit des Mittelstandes zu stärken, ergreift das BMWi Maßnahmen. Diese sollen zum Beispiel die Bildung von Technologienetzwerken zwischen Unternehmen, aber auch zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, befördern.

Fachkräfte: Viele Unternehmen in Deutschland haben Probleme, in bestimmten Berufsgruppen geeignete Fachkräfte zu finden. Der Fachkräftemangel führt zu erheblichen Wohlfahrtsverlusten. Wir haben erste Maßnahmen ergriffen und werden weitere in die Wege leiten, um das inländische Potenzial an Erwerbspersonen besser zu nutzen, im Ausland tätige deutsche Führungskräfte nach Deutschland zurückzuholen und ausländische Fachkräfte für den Beschäftigungsstandort Deutschland zu gewinnen.



Unternehmensnachfolgen und Gründungen: Unternehmergeist ist für die Zukunft des Mittelstandes von herausragender Bedeutung. Zwar nimmt die Gründungsdynamik in Deutschland wieder zu. Dennoch wird die Selbständigkeit in Deutschland immer noch zu selten als Chance begriffen. Mit der Initiative „Gründerland Deutschland“ gibt das BMWi zusammen mit der Wirtschaft neue Impulse für Existenzgründungen und unternehmerisches Handeln.

Marktchancen im Ausland: Die zahlreichen mittelständischen Exporteure, vor allem aus dem Verarbeitenden Gewerbe, sind das Aushängeschild für die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstandes. Nach wie vor gibt es jedoch zahlreiche Hindernisse bei der Ausfuhr von Waren und bei Direktinvestitionen. Das BMWi und die Bundesregierung werden deshalb u. a. Handelshemmnisse weiter verringern, Exportkredit- und Investitions Garantien stärker auf den Mittelstand ausrichten und Exportförderprogramme bündeln. Wir wollen, dass noch mehr kleine und mittlere Unternehmen ihre Chancen auf Auslandsmärkten realisieren.

Finanzierung: Mittelständler benötigen für ihren Geschäftsbetrieb sowie für Unternehmenswachstum vor allem Kredite und Eigenmittel. Deshalb wird die Bundesregierung zum einen der Funktionsfähigkeit der Kreditwirtschaft besondere Aufmerksamkeit widmen. Zum anderen wird das BMWi die ERP- und KfW-Finanzierungsprogramme fortsetzen und zum Teil neu ausrichten. Das gilt zum Beispiel für die Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen.

Rohstoffe, Energie- und Materialeffizienz: Ein effizienter Umgang mit Rohstoffen, Energie und Materialien gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das BMWi wird den Mittelstand mit Informationsangeboten und mit gezielten Anreizen unterstützen, um die Rohstoffversorgung zu sichern und die Energie- und Materialeffizienz weiter zu verbessern. Wir werden darauf drängen, gesetzliche Regelungen für einen effizienteren Umgang mit Energie und Materialien so auszugestalten, dass mittelständische Unternehmen wirtschaftlich nicht überfordert werden.

Bürokratieabbau: Kleine und mittlere Unternehmen profitieren in besonderem Maße, wenn dereguliert wird und Bürokratiekosten sinken. Im Verhältnis zu großen Unternehmen machen administrative Kosten einen überproportionalen Teil der Gesamtkosten aus. Das BMWi wird daher gesetzliche Regelungen sowie Normen und Standards einer kritischen Prüfung unterziehen und Maßnahmen ergreifen, um den Mittelstand zu entlasten.

1. Auf den Mittelstand setzen



Mit Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft haben insbesondere mittelständische Unternehmen Deutschland wieder auf Wachstumskurs gebracht. Der deutsche Mittelstand steht für die Erfolge der deutschen Wirtschaft. Er gilt auch weltweit als Vorbild, wie internationale Experten immer wieder bestätigen. In Frankreich ist zum Beispiel „le Mittelstand allemand“ ein feststehender Begriff für ökonomische Potenziale. Viele deutsche „Hidden Champions“ geben – in kleinen Nischen, aber mit hohen Weltmarktanteilen – den Ton an.

Risiko- und Leistungsbereitschaft sind das, was den mittelständischen Unternehmerteil auszeichnet, den Fortbestand der Sozialen Marktwirtschaft sichert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gewährleistet. Mittelständische Unternehmer tragen Verantwortung: Für den Unternehmenserfolg, indem sie für ihr unternehmerisches Handeln unmittelbar haften. Für ihre Mitarbeiter, denen sie verpflichtet sind. Für die Regionen, in denen sie tätig sind und denen sie sich verbunden fühlen.

Die 3,7 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen sind Garanten für eine hohe Wettbewerbsintensität und der Motor für immer neue Innovations- und Wachstumsimpulse. Die Unternehmenspolitik ist häufig langfristig orientiert. In der Wirtschafts- und Finanzkrise haben viele mittelständische Branchen sogar zusätzliche Beschäftigung geschaffen. Trotz massiver Umsatzeinbrüche konnte der Mittelstand insgesamt seine Ertragslage stabil halten und sein Eigenkapital sichern.

Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent, dem höchsten seit 18 Jahren, hat sich Deutschland im Jahr 2010 an die Spitze Europas gesetzt. Der wirtschaftliche Aufschwung wird sich 2011 fortsetzen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland entstehen werden. Einen großen Anteil an dieser erfreulichen Entwicklung werden die mittelständischen Unternehmen haben.

Für die Zukunft des deutschen Mittelstandes ist eine positive Einstellung zum Unternehmertum von



© Meeke - Corbis

existenzieller Bedeutung. Das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland bietet gute Bedingungen für Menschen mit Ideen und dem Wunsch zur Eigenständigkeit und Selbstverwirklichung. Bereits heute wagen jährlich weit mehr als 400.000 Menschen den Schritt in die berufliche Selbständigkeit, sei es durch eine Neugründung oder die Übernahme eines bestehenden Unternehmens.

Das BMWi wird – im engen Dialog mit der Wirtschaft – die Bedingungen für das unternehmerische Handeln kontinuierlich verbessern und neue Freiräume für den Mittelstand schaffen. Es ist Sache der Unternehmen, diese Freiräume für neue Ideen und Produkte zu nutzen. Wir werden Impulse in den Bereichen Innovationen, Fachkräfte, Gründungen und Unternehmensnachfolge, Marktchancen im Ausland, Finanzierung, Rohstoffe, Energie- und Ressourceneffizienz sowie Bürokratieabbau setzen. Dabei werden wir die Förderprogramme umfassend straffen und zielgerichteter gestalten.

Wir setzen auf den Mittelstand, auf seinen Mut zur Verantwortung und seine Leistungsbereitschaft.

Der deutsche Mittelstand: Zur Abgrenzung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) gibt es verschiedene Ansatzpunkte und unterschiedliche Definitionen

Quantitative Definitionen:

KMU-Definition des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn:

- ▶ KMU: weniger als 500 Beschäftigte und ein Jahresumsatz unter 50 Millionen Euro.
- ▶ Kleine Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte und einen Jahresumsatz unter 1 Million Euro.

KMU-Definition der Europäischen Kommission:

- ▶ KMU: Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und einem Umsatz von bis zu 50 Millionen Euro oder einer Bilanzsumme von bis zu 43 Millionen Euro. Die Unternehmen müssen unabhängig sein; kein anderes Unternehmen darf einen Anteil von mehr als 25 Prozent des betreffenden Unternehmens besitzen.
- ▶ Kleine Unternehmen haben weniger als 50 Beschäftigte und einen Umsatz von bis zu 10 Millionen Euro oder eine Bilanzsumme von bis zu 10 Millionen Euro.
- ▶ Kleinstunternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte und einen Umsatz von bis zu 2 Millionen Euro oder eine Bilanzsumme von bis zu 2 Millionen Euro.

Qualitative Definition:

Die Schnittmenge von kleinen und mittleren Unternehmen und Familienunternehmen ist sehr groß. Von Familienunternehmen spricht das Institut für Mittelstandsforschung Bonn, wenn Eigentums- und Leitungsrechte in der Person des Unternehmers oder der Unternehmerin bzw. deren Familie vereint sind. Nach dieser Klassifikation handelt es sich um Familienunternehmen, wenn bis zu zwei natürliche Personen oder ihre Familienangehörigen mindestens 50 Prozent der Anteile eines Unternehmens halten, und diese natürlichen Personen der Geschäftsführung angehören.

2. Ideen voranbringen – Innovationen schaffen Dynamik



© suedhang – cultura – Corbis

Kleine und mittlere Unternehmen sorgen dank ihrer hohen Kreativität und Anpassungsfähigkeit an veränderte Marktlagen für Wachstum und intensiven Wettbewerb. Viele mittelständische Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ihre Innovationskraft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Um die Forschungs- und Innovationsfähigkeit des Mittelstandes weiter zu stärken, wird sich das BMWi dafür einsetzen, insbesondere durch Netzwerkbildung etwaige Größennachteile zu kompensieren.

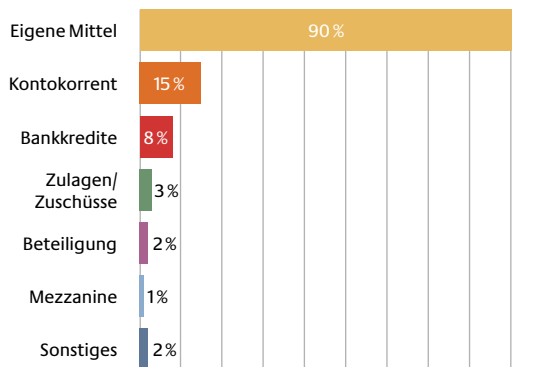
- ▶ **Mittelstand ist hoch innovativ.** Rund 30.000 kontinuierlich forschende und weitere 100.000 innovative kleine und mittlere Unternehmen bringen jedes Jahr neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt.
- ▶ **Bei Innovationsvorhaben dominiert interne Finanzierung.** 90 Prozent der innovierenden kleinen

und mittleren Unternehmen nutzt eigene Mittel. Über 70 Prozent des Innovationsvolumens werden damit realisiert. Schwierigkeiten der KMU bei der Kreditfinanzierung von Innovationen über externe Mittel führt der MittelstandsMonitor 2010 vor allem auf hohe Unsicherheiten sowie Informationsasymmetrien zwischen Unternehmen und externen Finanziers zurück.

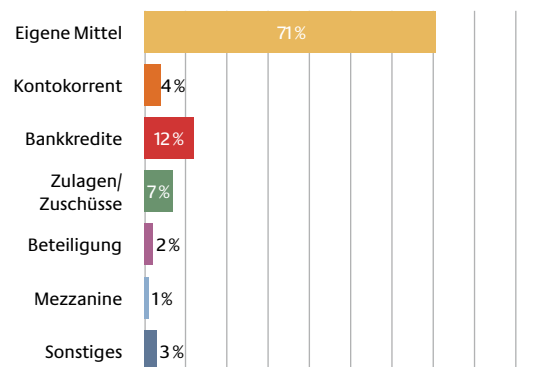
- ▶ **Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen auf hohem internationalem Niveau.** Bei dem Verhältnis von Forschung und Entwicklung (FuE) zur Wirtschaftsleistung liegt Deutschland mit einem Anteil von knapp 2,8 Prozent im Jahr 2009 europaweit im oberen Drittel und auf Augenhöhe mit den USA. Bei den absoluten FuE-Ausgaben steht Deutschland mit ca. 68 Milliarden Euro auf Platz eins in Europa, vor Frankreich und Großbritannien. Fast 70 Prozent aller FuE-Investitionen in Deutschland werden von Unternehmen vorgenommen – zumeist von Groß-

Bankenfinanzierung für den Mittelstand zweitwichtigste Finanzierungsquelle für Innovationen nach Eigenmitteln

Anteil der KMU, die die entsprechende Finanzierungsquelle nutzen



Anteil der Finanzierungsquelle an den Innovationsaufwendungen



Quelle: MittelstandsMonitor 2010

unternehmen, da kleine und mittlere Unternehmen großenbedingt die kostenintensiven FuE-Investitionen häufig nicht stemmen können. Deutschland verfügt über eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur, die eng mit der Wirtschaft – auch mit mittelständischen Unternehmen – zusammenarbeitet.

► **Schwellenländer holen im Technologiewettbewerb auf.** Viele, vor allem asiatische Länder wie China, Südkorea und Indien holen auch in technologisch anspruchsvollen Feldern auf. Damit die deutsche Wirtschaft weiterhin an der Weltspitze bleibt, sind deutliche Anstrengungen erforderlich. Vor allem strukturelle Schwächen Deutschlands, insbesondere im Bildungssystem und bei den Gründungsaktivitäten, müssen überwunden werden.

Was wir tun

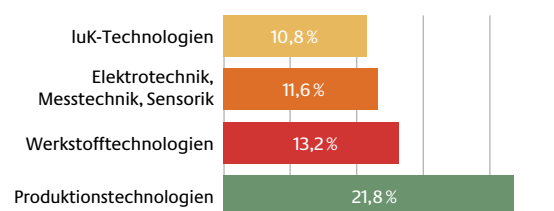
► **Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand fortführen.** Das BMWi hat mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ein Programm geschaffen, mit dem in kleinen und mittleren Unternehmen der Anreiz zu FuE-Investitionen vergrößert wird. Mit dem ZIM fördern wir FuE-Kooperationsprojekte, einzelbetriebliche FuE-Projekte und die Entwicklung von Netzwerken zwischen innovativen Mittelständlern. Die Fördermittel für dieses Programm werden deutlich erhöht, von 313 Millionen Euro im Jahre 2010 über 389 Millionen Euro 2011 auf über 500 Millionen Euro im Jahre 2012. Die Antragsbedingungen wur-

den vereinheitlicht und vereinfacht sowie die Bearbeitungszeiten deutlich verkürzt (auf durchschnittlich 3 Monate). Wir setzen uns dafür ein, das Programm in den nächsten Jahren auf hohem Niveau fortzuführen.

► **Mit Gutscheinen die Innovationskraft von kleinen Unternehmen erhöhen.** Die vom BMWi eingeführten Innovationsgutscheine bieten kleinen Unternehmen die Möglichkeit, fachkundige Innovationsberatung kostengünstig in Anspruch zu nehmen. Sie können damit ihr Wissen über Produkt- und Verfahrensinnovationen erweitern. Die Gutscheine setzen positive Anreize für eine systematische Innovationstätigkeit in kleinen Unternehmen.

► **ERP-Innovationsprogramm fortführen.** Unser Ziel ist es, Innovationsvorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen verstärkt zu fördern. Das ERP-Innovationsprogramm unterstützt marktnahe Innovationsprojekte mit langfristigen zinsgünstigen Darlehen.

Hauptanwendungsfelder des ZIM-Programms (bis Ende 2010)



Quelle: BMWi

► **Größennachteile durch Netzwerkbildung kompensieren.** Das BMWi fördert unter anderem im Rahmen der industriellen Gemeinschaftsforschung Forschungsprojekte von Unternehmen, die sich in Forschungsvereinigungen zusammengeschlossen haben. Dieses Förderinstrument wird zunehmend branchenübergreifende und internationale Projekte fördern.

► **Rolle der Bundesanstalten als Dienstleister im Technologietransfer stärken.** Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) und die Bundesanstalten für Materialforschung und -prüfung (BAM) sowie für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) werden den Technologietransfer in die Wirtschaft intensivieren. Hierzu haben wir die Kooperationsprogramme geöffnet und neue Förderinstrumente (z. B. MNPQ-Transfer) speziell für PTB, BAM sowie BGR geschaffen.

► **IKT-Strategie „Deutschland Digital 2015“ umsetzen.** Kleine und mittlere Unternehmen sollen künftig als Nutzer und Anbieter innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien stärker unterstützt werden. IT-Sicherheit in Wirtschaft und Verwaltung sowie der Schutz vertraulicher Geschäftsdaten und Behördeninformationen sind dabei wichtige Themen. Das BMWi hat eine Task Force eingerichtet, die die Herausforderungen an IT-Anbieter und -Anwender sowie die Sicherheit der Netzwerkinfrastruktur in den Vordergrund stellt. Die neue Plattform „IT und Mittelstand“ ermöglicht den Austausch über beste Unternehmenspraktiken und eine direkte Rückmeldung an Politik und Verbände. So können Unterstützungsmaßnahmen passgenau entwickelt werden.

► **Breitbandnetze schneller ausbauen.** Vorrangiges Ziel der Strategie „Deutschland Digital 2015“ ist es, die großen Potenziale der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland besser zu erschließen. Vor allem in den ländlichen Regionen hat der zügige Ausbau der Breitbandnetze hohe Relevanz für dort ansässige Mittelständler. In Fördergebieten stehen hierfür auch Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Verfügung.

IKT-Strategie

Mit der IKT-Strategie Deutschland Digital 2015 hat die Bundesregierung im November letzten Jahres (2010) ihre wesentlichen IKT-relevanten Maßnahmen zielorientiert gebündelt. Sie unterstützt beispielsweise kleine und mittlere Unternehmen sowie Gründer bei der Entwicklung und Nutzung von IKT, treibt die Vernetzung der Lebens- und Arbeitswelt via Internet voran und ermöglicht IKT-basierte Netze in den Bereichen Verkehr, Energie, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Verwaltung. Ein wichtiges Zukunftsthema ist dabei das so genannte Cloud Computing. Dabei werden Speicherkapazitäten, Rechnerleistung und Software kundenspezifisch über das Internet bezogen. Es ermöglicht eine bedarfsgerechte und flexible Nutzung und Abrechnung der Leistungen. Die Bundesregierung hat hierzu gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft das Aktionsprogramm Cloud Computing gestartet.

► **Rechtliche Regelungen und Bedingungen innovationsfreundlicher gestalten.** Kreativität und Risikobereitschaft brauchen Raum. Kleine und mittlere Unternehmen benötigen für ihre Innovations- und Investitionsentscheidungen Regeln, die die neuesten technischen Entwicklungen berücksichtigen und den Wettbewerb um die besten Ideen fördern. Außerdem müssen sie die Möglichkeiten zum rechtlichen Schutz ihrer Erfindungen kennen und nutzen. Wichtige Grundlagen hierfür sind kostengünstigere und effizientere Schutzrechte, die in möglichst vielen Ländern gelten. Daher setzt sich das BMWi in Europa für ein kostengünstiges und nutzerfreundliches EU-Patent sowie für eine einheitliche europäische Patentgerichtsbarkeit ein. Wichtig ist auch der einfache Zugang zu Normen und den Normungsprozessen. Dabei gilt: Normung und Standardisierung sind strategische Instrumente für den Technologietransfer. Je früher Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in Normungs- und Standardisierungsprozesse einbringen, desto besser sind die Marktchancen neuer Produkte und Dienstleistungen.

► **Wissens- und Technologietransfer erleichtern.** Der Wissens- und Technologietransfer ist eine zentrale Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Gerade mittelständische Unternehmen können von der Nutzung akademisch gewonnener Erkenntnisse und Erfindungen sowie innovativer Entwicklungen profitieren, indem sie diese marktnah verwerten. In vielen Fällen geschieht dies auch durch die Gründung eines neuen Unternehmens. Das BMWi stimmt die Maßnahmen zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers verstärkt aufeinander ab, so dass Synergiepotenziale gehoben werden können.

3. Potenziale nutzen – Fachkräfte sind die Basis

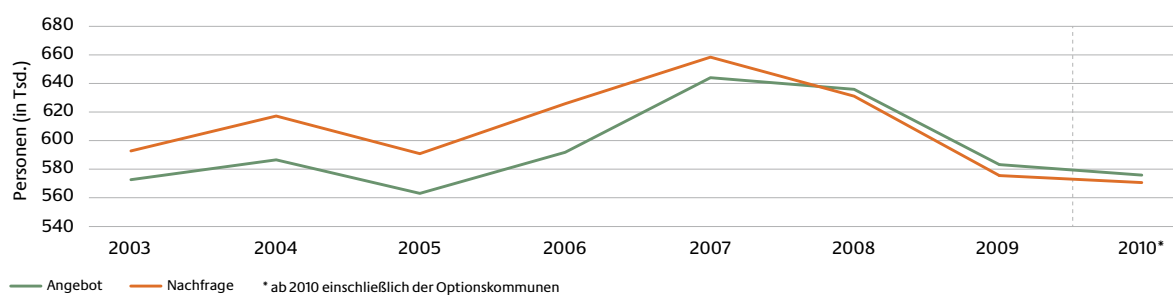


© Gina Sanders – Fotolia

Engagierte Menschen mit herausragenden Talenten und Fähigkeiten, die sich für verantwortungsvolles Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen, sind wichtige Stützen der Sozialen Marktwirtschaft. Im aktuellen Aufschwung zeigt sich, dass die Sicherung des Fachkräftebedarfs zur zentralen Herausforderung der Wirtschaftspolitik geworden ist. Mittlerweile sehen viele Unternehmen in Deutschland Probleme, in bestimmten

Berufsgruppen geeignete Fachkräfte zu finden. Selbst im Krisenjahr 2009 lag der Wohlfahrtsverlust infolge des Fachkräftemangels nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft bei etwa 15 Milliarden Euro; allein die bessere Integration von Migranten in das deutsche Bildungssystem und den Arbeitsmarkt würde dem Staat bis 2050 zusätzliche Erträge von 164 Milliarden Euro bringen.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen übersteigt die Nachfrage das dritte Jahr in Folge



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesagentur für Arbeit

► **Abschlussquoten steigen, Schülerzahlen sinken.**

Von 2003 bis 2009 nahm die Schülerzahl in den allgemeinbildenden Schulen um mehr als 9 Prozent ab. Im gleichen Zeitraum ist es jedoch gelungen, die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss von knapp 9 auf etwa 6,5 Prozent zu reduzieren. Je nach deutscher oder ausländischer Herkunft gibt es große Unterschiede bei den Abschlussquoten. So verließen im Jahr 2009 prozentual mehr als doppelt so viele ausländische Schüler (knapp 14 Prozent) wie deutsche Schüler (knapp 6 Prozent) die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss. Steigende Abschlussquoten sind bei gleichbleibender Qualität der Ausbildung ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Fachkräftebasis. Trotz der positiven Entwicklung bei den Schulabschlüssen beklagen viele Unternehmen noch immer eine mangelnde Ausbildungsreife von Schulabgängern.

► **Suche nach Auszubildenden wird schwieriger.** Seit 2008 liegt das Angebot an Ausbildungsplätzen wieder um knapp 8.000 über der Nachfrage. Im Unterschied zu den Jahren 2002 bis 2007 suchen heute bestimmte Branchen bereits händierend nach geeigneten Auszubildenden. Hierbei konkurrieren häufig mittelständische und große Unternehmen um qualifizierte Kandidaten.

► **Bei der Weiterbildung gibt es Nachholbedarf.** Nur knapp jeder Fünfte auf dem Arbeitsmarkt bildet sich innerhalb eines Jahres beruflich weiter, von den

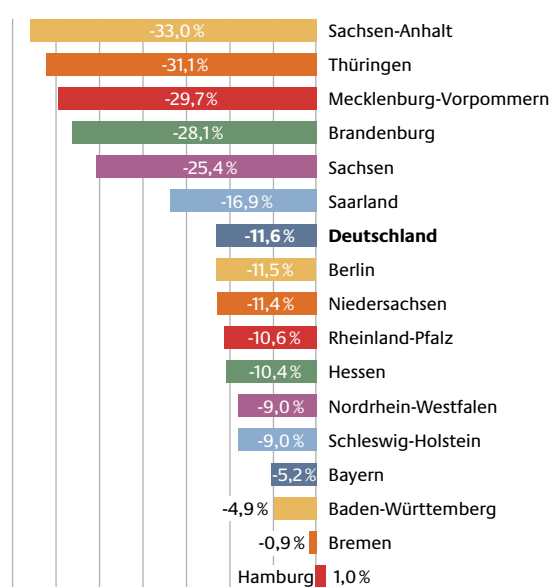
Älteren über 55 Jahre ist es nur knapp jeder Achte. Rund ein Drittel der Beschäftigten in Deutschland nimmt nicht an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teil, weil keine Förderung durch das Unternehmen erfolgt. Fast die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland hält die eigene Qualifikation für ausreichend.

► **Demographische Entwicklung verschärft Konkurrenz um Fachkräfte.** In den nächsten 20 Jahren wird die Erwerbspersonenzahl in Deutschland insgesamt um über 11 Prozent zurückgehen. Unternehmen in ostdeutschen Bundesländern werden besonders betroffen sein.

► **Fachkräftemangel trifft Branchen und Regionen unterschiedlich stark.** Die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) sind vom Fachkräftemangel besonders betroffen. Im Dezember 2010 fehlten hier fast 98.600 Fachkräfte (Institut der deutschen Wirtschaft). Innerhalb der nächsten zehn Jahre wird sich die Lücke deutlich vergrößern. Ähnlich sieht es in der Pflegebranche aus. Bis zum Jahr 2020 werden voraussichtlich rund 50.000 zusätzliche Pflegefachkräfte im stationären und 27.000 im ambulanten Bereich benötigt. Für mittelständische Unternehmen in einigen ländlichen Räumen ist der Fachkräftemangel schon heute akut.

► **Deutschland muss für Fachkräfte attraktiver werden.** 2009 war das zweite Jahr in Folge mit einem negativen Wanderungssaldo: Etwa 734.000 Personen wanderten aus Deutschland ab, rund 721.000 Personen zogen zu. Über die Hälfte der Auswanderer sind Führungskräfte oder Wissenschaftler. Während bei den Wissenschaftlern der Anteil an den Zuwanderern etwa dem Anteil an den Auswanderern entspricht, so zeichnet sich bei Führungskräften ein „Brain Drain“ ab: Der Auswandereranteil liegt bei etwa 17 Prozent während die Quote der eingewanderten Führungskräfte nur etwa 7 Prozent beträgt.

Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in den Bundesländern 2005 bis 2030*



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

*Primärvariante

Was wir tun

► **Mit Hilfe des neuen Ausbildungspakts den Fachkräftenachwuchs sichern.** Gemeinsam mit der Wirtschaft, der Kultusministerkonferenz und der Integrationsbeauftragten hat die Bundesregierung Ende 2010 einen neuen Ausbildungspakt geschlossen. Der bis 2014 gültige Pakt setzt neue Akzente, um die Ausbildungsreife junger Menschen zu verbessern,



schwächere Jugendliche zu fördern, die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund voranzubringen und besonders leistungsstarke Jugendliche vermehrt für eine betriebliche Berufsausbildung zu gewinnen. Der neue Pakt leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass den Unternehmen auch künftig geeignete Fachkräfte zur Verfügung stehen.

► **Ausbildungsplätze passgenau vermitteln.** Mit dem Förderprogramm „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ hat das BMWi eine Möglichkeit geschaffen, vor allem Unternehmen im Handwerks- und Dienstleistungsbereich bei der Durchführung von Bewerbungsgesprächen und der Vorauswahl geeigneter Bewerber gezielt zu unterstützen und zu begleiten. Das Programm trägt dazu bei, die Zahl der Ausbildungsabbrecher zu verringern.

► **Betriebe bei der Ausbildung entlasten.** Die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung stärkt die Ausbildungsbereitschaft der Handwerksbetriebe, die häufig über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Die Lehrgänge dienen dazu, die Berufsausbildung an die technische und ökonomische Entwicklung anzupassen. Sie sichern ein einheitlich hohes Niveau der Berufsausbildung, indem sie die Betriebe von schwierigen und zeitaufwendigen Ausbildungsinhalten entlasten. Außerdem fördert das BMWi die Errichtung, Ausstattung und Modernisierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten, um kleine und mittlere Unternehmen bei der Weiterbildung zu unterstützen.

► **Neue Berufe schaffen, Ausbildungsordnungen modernisieren.** Das BMWi ist Verordnungsgeber für rund 330 Ausbildungsverordnungen in Handwerk, Industrie und Dienstleistungswirtschaft. Von 2000 bis 2010 haben wir über 200 Ausbildungsordnungen des dualen Ausbildungssystems modernisiert oder neu geschaffen. Für 2011 wird das BMWi weitere 16 Ausbildungsordnungen modernisieren. Wir werden außerdem darauf hinarbeiten, Ausbildungsberufe zu Berufsgruppen zusammenzufassen. In diesem Zusammenhang wird die Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen vorgebracht. Diese bieten auch praktisch orientierten Jugendlichen berufliche Perspektiven. Sie fügen sich durchlässig und anrechenbar in das deutsche Berufsbildungssystem ein und schaffen freien Zugang zu Fortbildung und Aufstieg.

► **Abschlussquoten an Schulen und Hochschulen erhöhen, Ausbildungsreife verbessern, Studienabbrecher besser in den Arbeitsmarkt integrieren.** Mit Hilfe der „Qualifizierungsinitiative“ wird die Bundesregierung dazu beitragen, die Zahl der Schulabbrecher deutlich zu reduzieren und die Ausbildungsreife junger Menschen zu stärken. Sie wird sich zudem dafür einsetzen, die Studienabschlussquoten an den Hochschulen zu erhöhen. Derzeit bricht noch etwa jeder dritte Student sein Studium ab. Studienabbrecher könnten verstärkt – z. B. durch geeignete Weiterbildungsmaßnahmen – auch als Nachwuchskräfte im betrieblichen Bereich eingesetzt werden. Ihr Potenzial zur Deckung des

Fachkräftebedarfs, insbesondere im MINT-Bereich, könnte noch besser genutzt werden.

► **Das Bildungssystem noch durchlässiger gestalten und den Zugang zur Hochschule erleichtern.**

Um berufliche Bildung und Hochschulen besser zu verzahnen und die Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems weiter zu erhöhen, wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass beruflich erworbene Kompetenzen zukünftig auf ausgewählte Hochschulstudiengänge angerechnet werden können.

► **Erwerbsbeteiligung erhöhen.** Nur zwei Drittel der Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sind erwerbstätig, nicht einmal ein Drittel arbeitet in Vollzeit.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist notwendig, um Frauen stärker am Erwerbsleben zu beteiligen. Deshalb wird die Bundesregierung den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und flexibler Arbeitszeitmodelle weiter unterstützen. Fast 40 Prozent der Unternehmen in Deutschland beschäftigen keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über 50 Jahre. U. a. durch familienfreundliche Rahmenbedingungen sowie die Förderung einer alternsgerechten Unternehmens- und Lernkultur wird die Bundesregierung die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen steigern.

► **Ausländische Absolventen deutscher Hochschulen in Deutschland willkommen heißen.** Das BMWi setzt sich dafür ein, Hürden für ausländische Studierende abzubauen, die nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums in Deutschland hier arbeiten möchten.

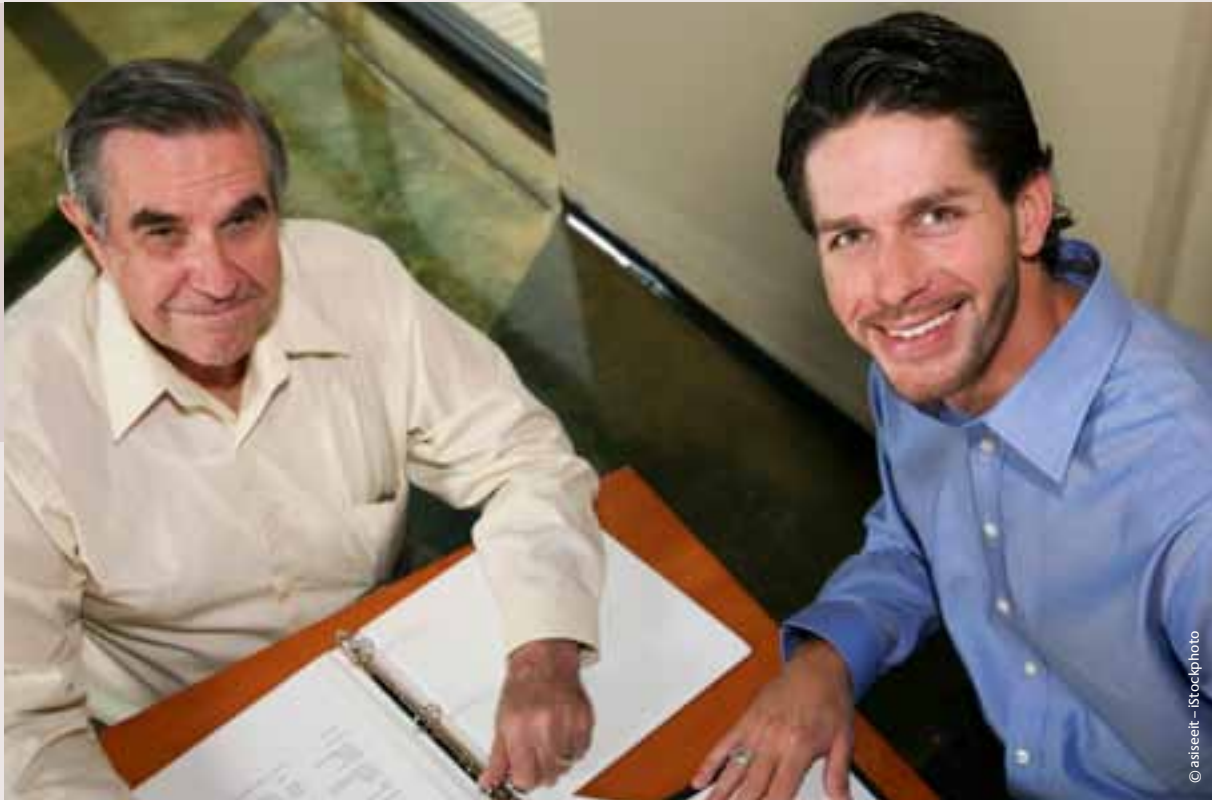
► **Bewertung ausländischer Berufsabschlüsse transparenter gestalten sowie Anerkennung verbessern und beschleunigen.** Viele der in Deutschland lebenden Migranten sollen ihr berufliches Potenzial zukünftig besser ausschöpfen können. Die Bundesregierung plant ein Gesetz, das einen Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren enthält. Dieses soll klären, in welchem Maße im Ausland erworbene Qualifikationen deutschen Ausbildungen vergleichbar sind. Um Transparenz und Einheitlichkeit der Bewertungsverfahren zu verbessern, wird das BMWi ein Informationsportal zur beruflichen Bildung aufbauen. Es ermöglicht Arbeitgebern und Kammern, die berufliche Qualifikation ausländischer Bewerber

besser einzuordnen und zu bewerten. Bei der bevorstehenden Überarbeitung der EU-Regeln zur Berufsanerkennung wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das Anerkennungsverfahren einfacher, transparenter und nutzerfreundlicher gestaltet wird.

► **Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte erleichtern.** Um das Wissens- und Wachstumspotenzial Deutschlands langfristig zu stärken, unterstützt das BMWi eine offenere Zuwanderungspolitik gegenüber ausländischen Fachkräften. Wir müssen die Steuerung der Zuwanderung stärker auf die längerfristigen Entwicklungen ausrichten, die z. B. durch den demographischen Wandel vorgezeichnet sind. Wir müssen außerdem signalisieren, dass Fachkräfte in Deutschland dauerhaft willkommen sind, und ihnen gute Entwicklungschancen bieten. Ein Punktesystem, das die Zuwanderung nach klar definierten Kriterien zu Qualifikation, Integrationsfähigkeit und Arbeitsmarktbedarf steuert, kann zu einer Willkommenskultur beitragen. Als Schritt in diese Richtung unterstützt das BMWi Erleichterungen der Zuwanderung auf der Grundlage der bestehenden Regeln, wie z. B. eine deutliche Absenkung der Einkommensschwelle für die Niederlassungserlaubnis oder den Verzicht auf die Vorrangprüfung bei Berufen mit Fachkräftemangel.

► **Personalstrategisches Wissen im Mittelstand stärken.** Viele kleine und mittlere Unternehmen verfügen nicht über eine Personalabteilung und haben wenige freie Ressourcen zur Entwicklung personalpolitischer Konzepte. Das BMWi fördert Informations- und Schulungsveranstaltungen sowie Beratungsleistungen für Unternehmen, damit diese externes Know-how nutzen können. Aufbauend auf diesen weit reichenden Angeboten prüfen wir deshalb gemeinsam mit der Wirtschaft, ein Kompetenzzentrum zu errichten, das Wissen über zukünftige Trends am Arbeitsmarkt aufbereitet und praxisrelevante Handlungsempfehlungen gibt.

4. Unternehmergeist stärken – Nachfolger und Gründer stehen im Fokus



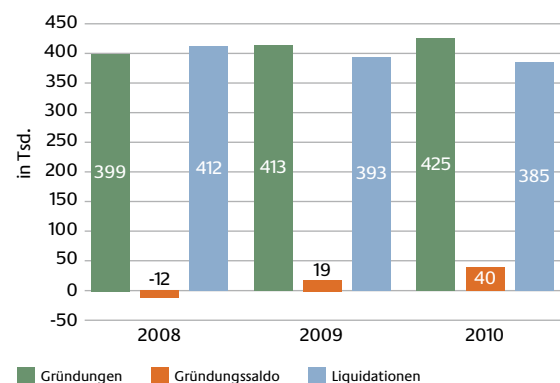
Unternehmergeist ist für die Zukunft des Mittelstandes von herausragender Bedeutung. Selbständigkeit muss verstärkt als Chance begriffen werden – als Möglichkeit, eigenverantwortlich zu handeln und Ideen zu verwirklichen. Mit der Initiative „Gründerland Deutschland“ geben wir zusammen mit der Wirtschaft neue Impulse für Existenzgründungen und unternehmerisches Handeln.

► **Unternehmensnachfolgen gewinnen an Bedeutung.** Für viele Familienbetriebe steht in den nächsten Jahren eine Nachfolge an. Allein bis 2014 müssen für durchschnittlich 22.000 Betriebe im Jahr geeignete Übernehmer gefunden werden. Neben familieninternen Nachfolgen werden künftig externe Übernahmen eine zunehmende Bedeutung erlangen. Für viele der Inhaber ist die Übergabe ihres Unternehmens ein wichtiger Baustein für ihre Altersversorgung. Längst nicht für alle Betriebe gibt es einen konkreten Übergabeplan, der Arbeitsplätze sichert. Für Gründerinnen und Gründer kann die Übernahme den bestehenden Betriebes eine gute Chance für den Start in die Selbständigkeit bieten. Das Unter-

nehmen ist bereits am Markt etabliert – mit einem funktionierenden Geschäftskonzept, vorhandenem Kundenstamm und erfahrenen Mitarbeitern.

► **Gründungsdynamik nimmt wieder zu.** Bis Jahresende 2010 wurden nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn rund 425.000 neue Unternehmen gegründet, 12.000 mehr als im Vorjahr.

Existenzgründungen steigen – Liquidationen gehen zurück



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn

► **Innovative Gründungen steigern die Wettbewerbsfähigkeit.** Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb auch zukünftig die Nase vorn hat, braucht die Wirtschaft eine ausreichende Zahl innovativer Gründungen. Sie beschleunigen den Technologie- und Wissenstransfer von Forschungsergebnissen und Inventionen in neue Produkte, Prozesse und Dienstleistungen. High-Tech-Gründungen geben wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Sie beschäftigen durchschnittlich doppelt so viele Mitarbeiter wie Gründungen in anderen Branchen. 14.000 technologieorientierte Unternehmensgründungen im Jahr 2009 sind ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

► **Wirtschaftliche Lage bietet gute Perspektiven für Existenzgründungen und junge Unternehmen.** Das aktuelle Wirtschaftswachstum schafft günstige Voraussetzungen für Gründungen und junge Unternehmen. Die guten Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung machen es leichter, Aufträge zu akquirieren, neue Absatzmärkte zu erschließen und einen Kundenstamm aufzubauen.

Was wir tun

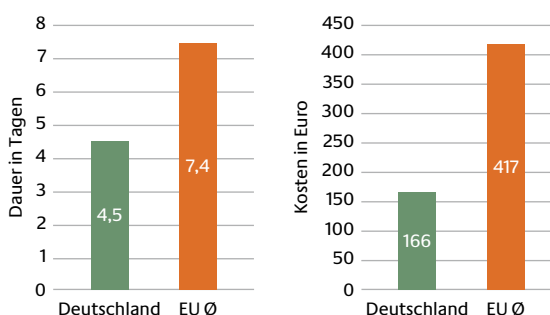
► **Die Unternehmensnachfolge mit der Initiative „nexas“ erleichtern.** Das BMWi hat die kostenfreie Nachfolgebörse „nexas-change“ weiterentwickelt, damit Übergeber und potenzielle Nachfolger noch schneller zusammenfinden. Seit 2006 wurden bereits über 7.300 Unternehmensnachfolgen über

die Internetbörse vermittelt. Darüber hinaus zeichnet das BMWi 2011 mit dem Wettbewerb „Erfolgreicher Stabwechsel“ erstmals Vorbilder für künftige Unternehmensübergaben aus.

► **Gründungsbezogene Ausbildung an Schulen und Hochschulen stärken.** Die frühzeitige Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen ist eine wichtige Grundlage für das spätere Berufsleben. Wirtschaftsthemen müssen stärker in den Schulalltag einfließen. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Initiativkreis „Unternehmergeist in die Schulen“ vor allem die Projektarbeit von Schülerinnen und Schülern fördern, zusätzliche Unterrichtsbausteine und spezifische Lehrmaterialien entwickeln sowie Aus- und Weiterbildungen für Lehrerinnen und Lehrer anbieten. Im Förderwettbewerb „EXIST-Gründungskultur – Die Gründerhochschule“ sind Hochschulen aufgefordert, umfassende Strategien zu entwickeln, um mehr wissens- und technologieorientierte Gründungen aus der Wissenschaft anzustoßen, mehr Studierenden und Wissenschaftlern die Selbständigkeit als berufliche Option nahezubringen und unternehmerisches Denken und Handeln in den Hochschulen zu stärken. Die besten Hochschulen werden bei der Umsetzung der Strategien unterstützt. Sie werden als „Gründerhochschulen“ ausgezeichnet.

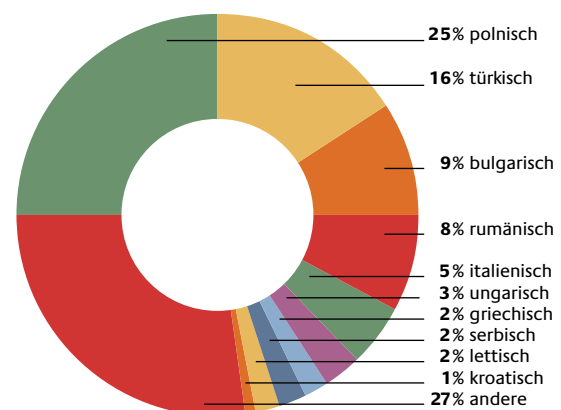
► **Verborgene Gründungspotenziale heben.** Ziel ist es, mehr Menschen für das Thema Existenzgründungen zu begeistern. Gruppen, die bisher bei Unternehmensgründungen unterrepräsentiert sind, nimmt das BMWi stärker in den Fokus und bietet spezifische Unterstützungsmöglichkeiten an. Bisher

Unternehmensgründungen sind in Deutschland günstiger und schneller als im EU-Durchschnitt (2009)



Quelle: Europäische Kommission – Dauer und Kosten der administrativen Gründungsverfahren in der EU (Vergleichsbasis: GmbH-Gründungen; in D: haftungsbeschränkte Unternehmungsgesellschaft)

Knapp ein Drittel der Gründerinnen und Gründer von Einzelunternehmen sind Ausländer (100.809 im Jahr 2009)



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn (2009)



© contrastwerkstatt - Fotolia

gründen Frauen rund ein Drittel der neuen Unternehmen. Wir werden deshalb in Zusammenarbeit mit der „bundesweiten gründerinnenagentur“ Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten, um das Gründungsinteresse von Frauen zu stärken. Der Forschungsauftrag „Unternehmensgründungen von Migrantinnen und Migranten“ soll klären, wie diese effizienter unterstützt werden können. Für Gründungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft haben wir inzwischen ein bundesweites Beratungnetzwerk geschaffen. Mit dem „Gründerwettbewerb – IKT Innovativ“ prämiieren wir Geschäftsideen, die auf innovativen, IKT-basierten Produkten und Dienstleistungen beruhen.

► **Mit der „Gründerwoche Deutschland“ neue Schwerpunkte setzen.** Das BMWi führt vom 14. bis zum 20. November 2011 die nächste Aktionswoche für unternehmerische Selbständigkeit durch. Die „Gründerwoche Deutschland“ fand erstmals 2010 mit der Unterstützung von 680 Partnern und Förderern statt. Über 30.000 Teilnehmer informierten sich in über 1.000 Veranstaltungen und Projekten. Wir werden das Netzwerk der Partner und Förderer ausbauen und weitere Schulen, Bildungseinrichtungen sowie internationale Projekte einbinden, um so noch mehr Gründungsinteressierte und vor allem junge Menschen für unternehmerisches Denken und Handeln zu begeistern. Auch Informationen über Gründungsfinanzierungen spielen dabei eine wichtige Rolle.

5. Neue Chancen eröffnen – Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist der Schlüssel



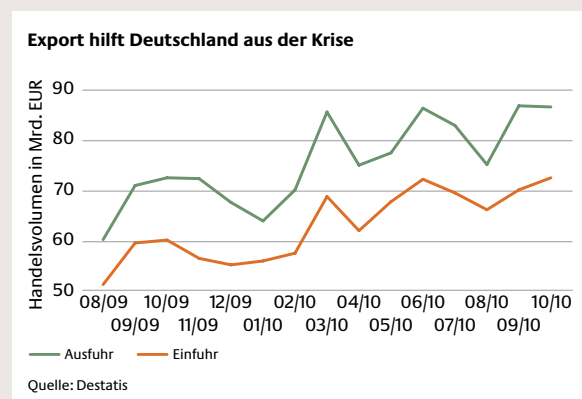
© Redchopsticks - Corbis

In Deutschland gibt es über 300.000 mittelständische Exporteure. Viele davon sind „Hidden Champions“, mittelständische Unternehmen vor allem aus dem Verarbeitenden Gewerbe, die in ihren Märkten Weltmarktführer sind. Hindernisse und Probleme bei der Ausfuhr, aber auch bei den Direktinvestitionen sind für kleine und mittlere Unternehmen oft schwieriger zu überwinden als für große. Hemmnisse zu beseitigen und den rechtlichen Rahmen transparenter und schlanker zu gestalten, gehört zu den wichtigsten Zielen des BMWi in der Außenwirtschaftspolitik. Auch Dienstleistungsanbieter rücken dabei zunehmend in den Fokus.

► **Deutsche Wirtschaft stark im Wettbewerb.** Im jüngsten globalen Ranking des World Economic Forum zur Wettbewerbsfähigkeit ist Deutschland in den Kreis der Top 5-Volkswirtschaften aufgerückt. Es liegt damit vor allen anderen Ländern der Eurozone, aber auch vor globalen Konkurrenten wie Japan und

China. Der Mittelstand hat an der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wesentlichen Anteil.

► **Exportboom stützt Aufschwung.** Die Ausfuhr hat maßgeblich zur rasanten wirtschaftlichen Erholung des Jahres 2010 beigetragen. Die deutschen Exporte nahmen um 17 Prozent zu, unter anderem wegen steigender Nachfrage aus den Schwellenländern.

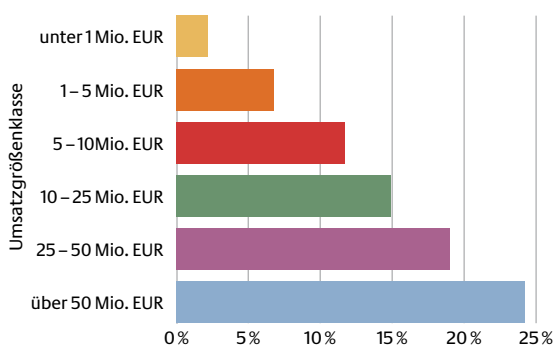




Dank der ebenfalls kräftig gestiegenen Importe konnte auch das Ausland am deutschen Aufschwung partizipieren. Die starke Exportnachfrage gab der inländischen Investitionstätigkeit Impulse und leistete auf diesem Weg einen Beitrag, Beschäftigung und Verbrauch zu stabilisieren. Somit haben sich 2010 die Auftriebskräfte zunehmend von der Außenwirtschaft auf die Binnennachfrage verlagert.

- ▶ **Internationaler Handel mit Dienstleistungen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen – Reiseziel Deutschland immer attraktiver.** Weltweit ist die deutsche Wirtschaft drittgrößter Exporteur von Dienstleistungen. Besonders erfolgreich sind die deutschen Logistiker: Sie exportierten 2009 Transportleistungen im Wert von über 38 Milliarden Euro. Auch andere Bereiche, wie z. B. technische Dienstleister, haben international einen sehr guten Ruf. Der Reiseverkehr spielt ebenfalls eine wichtige Rolle.
- ▶ **Aufholpotenzial für den Mittelstand.** Kleine Unternehmen exportieren im Durchschnitt weniger

Größere Unternehmen mit höherem Auslandsengagement
Exporte in % des Umsatzes (2008)



als große. Das liegt unter anderem daran, dass viele Mittelständler nicht in klassischen Exportsektoren tätig sind oder als Zulieferer selbst nicht direkt exportieren. Dennoch gibt es viele, die zusätzliche Geschäftschancen im Ausland wahrnehmen könnten.

Was wir tun

- ▶ **Wettbewerb fördern, grenzüberschreitende Kooperationen erleichtern.** Durch einen weiteren Abbau von Handelshemmnissen über die Welthandelsorganisation (WTO) im Rahmen von bilateralen Freihandelsabkommen sowie durch aktive Unterstützung der EU-Marktzugangstrategie sollen die Voraussetzungen für deutsche Unternehmen im Auslandsgeschäft weiter verbessert werden. Davon profitieren kleine und mittlere Unternehmen. Um internationale Marktchancen im Dienstleistungsbereich zu verbessern, fördert die Bundesregierung die Kooperationsanbahnung wissensintensiver und unternehmensbezogener Dienstleistungsunternehmen mit ausländischen Partnern.
- ▶ **Exportkreditgarantien und Investitionsgarantien stärker auf Mittelstand ausrichten.** Die Exportkreditgarantien des Bundes geben wichtige Hilfestellung bei Auslandsgeschäften. 70 Prozent aller Anträge kommen aus dem Mittelstand. Ab Mitte Januar 2011 wird eine auf wenige Tage verkürzte Antragsprüfung bei Exportkreditgarantien für kleinere Exportkredite (bis zu 5 Millionen Euro) eingeführt. Darüber hinaus hat sich bei Lieferantenkrediten die Möglichkeit, den Selbstbehalt bei der Hermesdeckung von 15 Prozent auf 5 Prozent zu senken, unabhängig von der Finanzkrise bewährt und ist daher um drei Jahre verlängert

worden. Antragsgebühren für kleine Investitionen unter 5 Millionen Euro werden künftig erlassen. Mehr Sicherheit für Investitionen im Ausland schaffen auch die Investitions Garantien der Bundesregierung, die deutsche Unternehmen bei ihrem investiven Engagement im Ausland gegen politische Risiken absichern. Mit eigenen Ansprechpartnern, Gebührenbefreiung für Projekte mit einem Deckungsvolumen bis 5 Millionen Euro und speziellen Informationsangeboten werden mittelständische Unternehmen gezielt unterstützt.

- ▶ **Mit klaren Normen und Standards Handelshemmnisse beseitigen.** Nationale Unterschiede in der Normierung, bei Sicherheits- und Umweltregelungen sowie anderen Standards sind ein Handelshemmnis – besonders für Mittelständler, die kaum Kapazitäten haben, ihre Produkte in langwierigen Zertifizierungsverfahren für einzelne Märkte umzugestalten. International geltende Normen und Standards leisten hier Abhilfe. Die Bundesregierung wird deshalb gemeinsam mit Wirtschaftsvertretern und Normungsexperten die bilaterale Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländern verstärken.
- ▶ **Außenwirtschaftsrecht verschlanken.** Komplizierte Vorschriften und bürokratische Anforderungen belasten die Wirtschaft und besonders den Mittelstand. Mit einer grundlegenden Entschlackung und Neuregelung des Außenwirtschaftsrechts trägt die Bundesregierung zum Bürokratieabbau bei – und stärkt die deutschen Unternehmen bei internationalen Geschäften.
- ▶ **Verfahren der Ausfuhrkontrolle beschleunigen.** Die Autonomie des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) soll gestärkt werden, um unproblematische Ausfuhrgenehmigungen zu beschleunigen. Darüber hinaus setzt sich das BMWi für weitere Verfahrenserleichterungen ein, insbesondere für Allgemeingenehmigungen an Stelle von Einzelgenehmigungen. Das betrifft zum Beispiel die temporäre Ausfuhr von Dual Use-Gütern zu Messe- und Ausstellungszwecken.
- ▶ **Exportförderprogramme bündeln.** Die deutsche Außenwirtschaftsförderung soll 2011 organisatorisch umgebaut, effektiver und transparenter werden: Von der Exportberatung über die Markterkundung und Kontaktvermittlung bis hin zur politischen Flankierung sollen die Unternehmen mehr Hilfe aus einem Guss erhalten.

Im Wettbewerb um internationale Gäste: Deutschland als Veranstaltungs- und Tourismusstandort

„Zu Gast bei Freunden“: Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hat gezeigt, dass Großereignisse das Bild Deutschlands in der Welt als Tourismus- und Veranstaltungsort stärken. Daher unterstützen wir 2011 die FIFA Frauen-Weltmeisterschaft ebenso wie die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018. Diese Großveranstaltungen bieten erneut die Gelegenheit, für Deutschland als familienfreundliches und weltoffenes Reiseland zu werben und den Tourismusstandort Deutschland zu stärken.

150 internationale Messen finden jährlich in Deutschland statt. Sie bringen nicht nur zusätzliche Gäste nach Deutschland. Sie bieten auch Chancen für deutsche Mittelständler. Das BMWi fördert 2011 die Teilnahme junger innovativer Unternehmen an über 60 internationalen Leitmesen in Deutschland. Darüber hinaus ist Deutschland ein begehrter Tagungsstandort, nicht zuletzt wegen der hervorragenden Infrastruktur. 6200 Tagungshotels und Veranstaltungsorte stehen flächendeckend zur Verfügung. Deutschland ist europaweit die Nummer 1 und eine der wichtigsten Veranstaltungsdestinationen der Welt – mit starkem Aufwärtstrend: Die Zahl der Tagungsteilnehmer steigt Jahr für Jahr.

Die Tourismusbranche ist schon heute von herausragender Bedeutung. Sie beschäftigt mit den vor- und nachgelagerten Bereichen rund 2,8 Millionen Menschen und stellt rund 100.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Deutsche Touristen und Geschäftsleute geben zwar immer noch mehr Geld im Ausland aus als ausländische Reisende in Deutschland. Die Übernachtungszahlen zeigen aber klar nach oben: Wurden Mitte der 90er Jahre noch rund 35 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste gezählt, waren es 2010 erstmals rund 60 Millionen – ein neuer Rekord. Damit nimmt das wirtschaftliche Gewicht der Branche weiter zu.

- ▶ **Außenwirtschaftsinformation verbessern.** Wie, wo und mit wem im Ausland agieren? Bei der Beantwortung dieser Frage suchen vor allem kleine und mittlere Unternehmen Unterstützung. Deshalb wird das bestehende Informationsangebot der Germany Trade and Invest (GTAI) erweitert und marktnäher aufbereitet. Bis Ende 2011 wird das Internetangebot vollständig überarbeitet und mit interaktiven Funktionen und Anwendungen, z. B. für Smartphones, neu und anwenderfreundlicher gestaltet. Im Ausland wirkt sich die enge Zusammenarbeit der GTAI mit den Auslandshandelskammern (AHKs) positiv auf die Informationsbeschaffung aus. Die Plattform zur einzelfallbezogenen Beratung wird gestärkt. Sie wird besonders von mittelständischen exportorientierten Unternehmen genutzt.

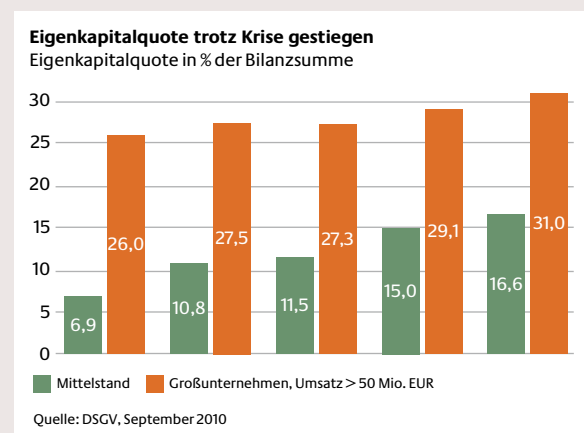
6. Wachstum ermöglichen – Unternehmensfinanzierung ist die Voraussetzung



Um möglichen Engpässen bei der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen vorzubeugen, hatte die Bundesregierung in der Finanzkrise erfolgreich Maßnahmen zur Sicherstellung der Kreditversorgung ergriffen. Der Wirtschaftsfonds Deutschland hat in der Finanzkrise den Zugang zu Liquidität sowie die Investitionsfinanzierung gesichert. Er ist Ende 2010 wie geplant ausgelaufen. Die Unternehmen haben auch selbst einen erheblichen Beitrag zur Überwindung der Krise geleistet. Sie haben ihre Kosten gesenkt und so ihre finanzielle Situation stabilisiert. Künftige Herausforderungen sind die Reformen des Bankensystems und der Finanzmärkte. Dabei liegt unser Augenmerk auf der Kreditversorgung des Mittelstandes.

► **Mittelständische Unternehmen haben die Krise gut bewältigt.** Dem weit überwiegenden Teil der mittelständischen Unternehmen ist es in der Krise gelungen, trotz starken Umsatzeinbruchs ihre Ertragslage zu stabilisieren. Dem KfW-Mittelstands-

panel 2010 zufolge ist die durchschnittliche absolute Eigenkapitalausstattung im Mittelstand im Krisenjahr 2009 sogar um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Damit gelingt es dem Mittelstand seit einigen Jahren, seine Eigenkapitalquote kontinuierlich zu steigern. Das belegen auch Zahlen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).



- ▶ **Finanzkrise hat die starken Abhängigkeiten zwischen Kapitalmarkt und Realwirtschaft verdeutlicht.** In der Finanzkrise hat sich gezeigt, wie bedeutend ein funktionierender Kapitalmarkt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen ist. Viele Banken verfügten in der Krise über zu geringe Kapital- und Liquiditätspolster. Um das Risiko erneuter Finanz- und Wirtschaftskrisen zu reduzieren, haben die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten im November 2010 das so genannte Basel III-Paket verabschiedet. Es enthält umfassende Empfehlungen für strengere Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften.
- ▶ **Kreditmediator hat Banken für Anliegen des Mittelstandes sensibilisiert.** Der Kreditmediator trägt dazu bei, die Kommunikation zwischen Unternehmen und der Kreditwirtschaft zu verbessern und sorgt dafür, dass auch langfristig eine qualitativ hochwertige Kreditmediation angeboten wird. Das unentgeltliche Angebot eines neutralen Vermittlers, der für eine zweite Chance bei der Kreditvergabe eintritt, hat dazu geführt, dass vielerorts eine Sensibilisierung bei den Kreditverhandlungen seitens der Kreditinstitute eingetreten ist.

Was wir tun

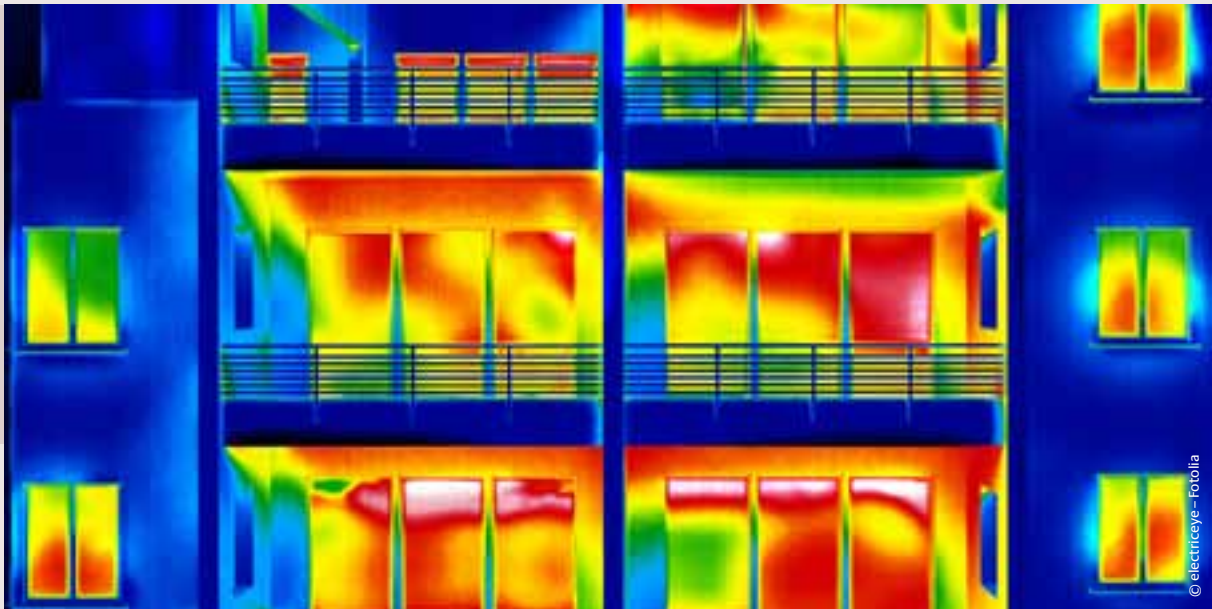
- ▶ **Bankensystem wieder auf marktwirtschaftliche Grundlage stellen.** Staatliche Stabilisierungsmaßnahmen können kein dauerhafter Ersatz für eine funktionsfähige Kreditwirtschaft sein. Auch aus den bestehenden Bankenbeteiligungen muss sich der Staat entsprechend der wirtschaftlichen Lage der betroffenen Institute möglichst bald zurückziehen. Ziel aktueller und künftiger Reformen ist ein widerstandsfähigeres und damit krisenfesteres Finanzsystem, das den Banken den Pfad nachhaltigen Wachstums ermöglicht.
- ▶ **Basel III auf EU-Ebene mittelstandsgerecht ausgestalten.** Eine erhöhte Stabilität des Bankensektors kommt auch mittelständischen Unternehmen zugute. Zugleich aber sollten sich die Vereinbarungen von Basel III zur Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten nicht nachteilig auf die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen auswirken. Das BMWi setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass die Regeländerungen die Kreditversorgung der Wirtschaft nicht gefährden. In der weiteren Umsetzung der Baseler Empfehlung in europäisches Recht werden wir darauf drängen, dass die Mittelstandsfinanzierung ein attraktives Geschäftsfeld für die Banken bleibt, dass die im Basel-III-Paket vorgesehenen Übergangsfristen auf EU-Ebene ausgeschöpft und dass die Regelungen international vollständig und gleichzeitig umgesetzt werden.
- ▶ **ERP- und KfW-Finanzierungsprogramme sowie Bürgschafts- und Beteiligungsangebote fortführen.** Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie das ERP-Sondervermögen bieten vielfältige und umfassende Fördermöglichkeiten für Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen an. Ende September 2010 lag die Gesamtsumme der Mittelstandsfinanzierung der KfW und des ERP-Sondervermögens mit rund 16,4 Milliarden Euro einschließlich der Krisenprogramme um knapp ein Drittel über dem Vorjahreswert (12,5 Milliarden Euro). Insgesamt wurden 2010 etwa 72.500 Unternehmen vor allem in den Bereichen Existenzgründung, Innovation, Umwelt und Regionalentwicklung gefördert. Diese Programme werden fortgesetzt. Darüber hinaus stehen den kleinen und mittleren Unternehmen – auch nach Auslaufen des Wirtschaftsfonds Deutschland – Bürgschaftsbanken und Mittelständische Beteiligungsgesellschaften zur Verfügung.
- ▶ **ERP- und KfW-Förderung stärker auf Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen fokussieren.** Bei der Finanzierung von neuen Geschäftsideen stehen Existenzgründer vor besonderen Herausforderungen. Sie haben oft Schwierigkeiten, einen Bankkredit zu erhalten. Sie verfügen in aller Regel nicht über ausreichende bankübliche Sicherheiten oder über ein Rating. Um hier Abhilfe zu schaffen, werden die KfW-Förderprogramme und das ERP-Sondervermögen stärker auf Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen ausgerichtet. Hierzu soll die Existenzgründungsförderung in der KfW-Mittelstandsbank mit Hilfe des ERP-Sondervermögens neu strukturiert und ausgebaut werden.
- ▶ **Risikokapitalfinanzierung bleibt gesichert.** In Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte die Bundesregierung die Mittel für den ERP-Startfonds von 250 Millionen auf 470 Millionen Euro aufgestockt. Ab dem 1. Januar 2011 stellen wir noch einmal zusätzlich 250 Millionen Euro an Wagniskapital für junge, technologieorientierte Unternehmen in der Früh- und Wachstumsphase bereit. Der ERP/EIF-Dachfonds beteiligt sich an Wagniskapital-Fonds, die in die Früh- und Wachstumsphase überwiegend deutscher Technolo-



gieunternehmen investieren. Die Bundesregierung hat im Frühjahr 2010 ihren Anteil von 500 Millionen auf 1 Milliarde Euro erhöht. Auch innovativen Unternehmensgründern steht Risikokapital zur Verfügung: Im Segment der Frühphasenfinanzierung hat sich der High-Tech Gründerfonds – eine Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Industrie – zum wichtigsten Risikokapitalfinanzierer für technologieorientierte Gründungen entwickelt. Um die Erfolge des High-Tech Gründerfonds zu sichern, wird sich das BMWi nach Ablauf der Investitionsphase im Sommer 2011 für einen Anschlussfonds einsetzen. Er soll erneut als öffentlich-private Partnerschaft unter Beteiligung führender deutscher Technologiekonzerne eingerichtet werden. Notwendig dafür ist die Bereitschaft weiterer Industrie-Investoren, sich mit einem wesentlichen Anteil privater Gelder an dem Fonds zu beteiligen. Nur auf dieser Basis kann die erfolgreiche Arbeit des High-Tech Gründerfonds nahtlos fortgeführt werden.

► **Zusätzliches Wagniskapital mobilisieren.** Für die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen ist Risikokapital von entscheidender Bedeutung. Das BMWi wird sich dafür einsetzen, dass zusätzliches Risikokapital über private Wagniskapital-Fonds bereitgestellt wird. Es wird die bestehenden Hindernisse analysieren und auch prüfen, ob eine Garantiefazilität für institutionelle Anleger in Wagniskapital-Fonds eingeführt werden sollte, die schwerpunktmäßig in junge deutsche Unternehmen investieren. Zudem werden wir verstärkt um Business Angels in Deutschland werben, die ihr Kapital, unternehmerisches Know-how und ihre Netzwerke innovativen Gründern zur Verfügung stellen. Wir setzen uns außerdem für steuerliche Erleichterungen bei der Beteiligung und Veräußerung von Unternehmen durch Business Angels ein. Ziel ist es, für Risiko- und Beteiligungskapital in Deutschland international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Öffentliche Förderprogramme sollen dabei aber kein privates Kapital verdrängen.

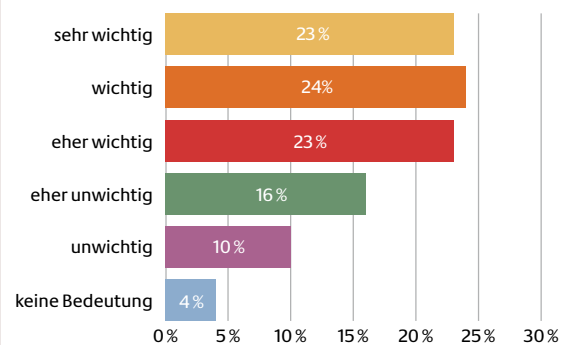
7. Unabhängigkeit stärken – Rohstoffe müssen gesichert, Ressourcen effizient genutzt werden



Konsequent auf Energie- und Materialeffizienz zu setzen, wird für den Mittelstand zunehmend zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor. Die Entwicklung der Energiepreise sowie eine zunehmende weltweite Konkurrenz um Rohstoffe erfordern ein Umsteuern. Viele Mittelständler haben die Bedeutung des Themas Energie- und Materialeffizienz erkannt. Kleine und mittlere Unternehmen haben zugleich eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Effizienzgewinne zu realisieren. Sie entwickeln innovative Ideen und setzen sie um, zum Beispiel im Bereich der Gebäudesanierung.

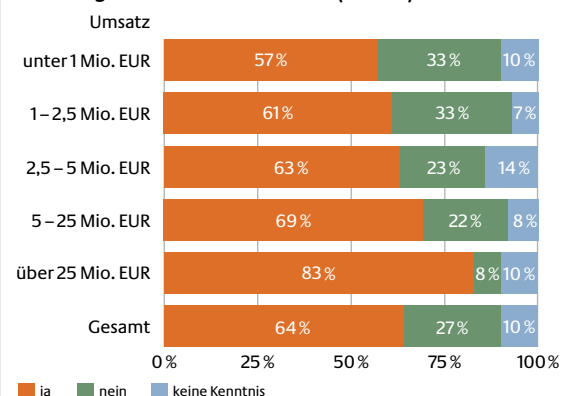
► **Thema Energieeffizienz genießt hohe Aufmerksamkeit in kleinen und mittleren Unternehmen.** Rund zwei Drittel aller 2010 im Rahmen einer Prognos-Studie befragten Unternehmen sehen die Möglichkeit, ihren Energieverbrauch zu reduzieren. Der Anteil der Unternehmen, die in den letzten drei Jahren Energieeffizienzmaßnahmen umgesetzt haben, hat sich im Vergleich zur vorhergehenden Umfrage im Jahr 2005 verdoppelt. Er liegt aktuell bei gut 60 Prozent. Größere und energieintensive Unternehmen sind aber vergleichsweise häufiger im Bereich Energieeffizienz aktiv. Der Schwerpunkt der umgesetzten Energieeffizienzmaßnahmen liegt nach wie vor im Gebäudebereich. Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen hat in diesem Bereich Maßnahmen durchgeführt.

Die Wichtigkeit des Themas Energieeffizienz aus Sicht der befragten KMU (n = 639)



Quelle: Prognos AG 2009

Sehen die KMU in ihren Unternehmen die Möglichkeit, den Energieverbrauch zu reduzieren (n = 630)?



Quelle: Prognos AG 2009



© Yanik Chauvin – Fotolia

- ▶ **Spezifische Hemmnisse für kleine und mittlere Unternehmen.** KMU sehen unzureichende Finanzmittel als größtes Hemmnis für Maßnahmen zur Energieeinsparung, so die Prognos-Studie. Viele Unternehmen geben an, keine ausreichenden personellen Kapazitäten für die Beschäftigung mit Energieeffizienz sowie für die Identifikation, Planung und Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen zu haben. Die Amortisationszeiten erscheinen im Vergleich zu anderen Investitionen als zu lang.
- ▶ **Materialeffizientes Wirtschaften ist eine betriebliche Erfolgsstrategie.** Erfahrungen aus der Materialeffizienzberatung des BMWi belegen, dass in den Unternehmen Einsparmöglichkeiten allein an Rohstoff- und Materialkosten von durchschnittlich 2 Prozent des Umsatzes bestehen.
- ▶ **Recycling mindert Rohstoffverbrauch.** Deutschland nimmt beim Recycling innerhalb Europas und in der Welt eine Vorreiterrolle ein. Auf nationaler Ebene hat der Bundeswirtschaftsminister einen Rohstoffdialog mit Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der rohstoffverarbeitenden Industrie, der Recyclingwirtschaft und der Gewerkschaften initiiert. Die Ergebnisse dieses Rohstoffdialogs sind in die Rohstoffstrategie eingegangen.

Was wir tun

- ▶ **Auf Eigeninitiative setzen.** Die Hebung von Effizienzreserven bei Energie und Rohstoffen ist zunächst ureigene Aufgabe der Unternehmen. Ziel ist es, sie verstärkt darin zu unterstützen und Eigeninitiativen der Wirtschaft zu fördern, zum Beispiel durch die Partnerschaftsinitiative Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation der Bundesregierung. Sie beinhaltet eine umfassende Informations- und Qualifizierungsoffensive sowie die Organisation einer Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe besonders engagierter Unternehmen.
- ▶ **Steuervergünstigungen im Rahmen der Energie- und Stromsteuer mittelstandsfreundlich umsetzen.** Die EU-Kommission hat die Steuervergünstigungen für das Produzierende Gewerbe im Rahmen der Energie- und Stromsteuer („Ökosteuern“) bis Ende 2012 genehmigt. Die EU-Energiesteuerrichtlinie verlangt, dass für den Spitzenausgleich eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen ist. Die Bundesregierung plant, ab 2013 den Spitzenausgleich nur noch dann zu gewähren, wenn die Betriebe einen Beitrag zu Energieeinsparungen leisten. Das BMWi wird sich bei der Umsetzung für ein kostengünstiges

Konzept einsetzen, das insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht überfordert und dennoch systematisch Verbesserungspotenziale offenlegt.

► **Neuen Energieeffizienzfonds mittelstandsorientiert gestalten.** Ab 2011 wird die Bundesregierung aus dem Sondervermögen „Energie und Klimafonds“ einen Energieeffizienzfonds beim BMWi auflegen. Das BMWi wird sich für ein mittelstandsorientiertes Angebot einsetzen. Dazu gehört u. a., die Markteinführung hoch effizienter Querschnittstechnologien zu unterstützen, Energiemanagementsysteme an die Erfordernisse vor allem mittelständischer Unternehmen anzupassen und energieintensive Prozesse im Produzierenden Gewerbe zu optimieren.

► **Informationsdefizite und Finanzierungshemmnisse angehen.** Besonders in kleinen und mittleren Unternehmen bestehen noch erhebliche, unausgeschöpfte Energieeinsparpotenziale. Das BMWi hat in Zusammenarbeit mit der KfW den „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“ aufgelegt. Dieser soll es KMU ermöglichen, betriebliche Energiekosten zu senken, weniger abhängig von künftigen Energiekostensteigerungen zu werden und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Gefördert werden die Energieberatung ebenso wie Investitionen in Energieeinsparungsmaßnahmen. Dieses erfolgreiche Programm werden wir bedarfs- und zielorientiert weiterentwickeln und verbessern.

► **Exportinitiative Energieeffizienz verstärken.** Die Exportinitiative Energieeffizienz unterstützt mittelständische Unternehmen dabei, neue Absatzmärkte unter Verwendung der durch das BMWi betreuten Qualitätsmarke „Energy Efficiency made in Germany“ schneller zu erschließen. Wir werden diese Initiative verstärken und breiter ausgestalten.

► **Förderung der energetischen Gebäudesanierung bedarfsgerecht fortsetzen.** Das BMWi fördert Energieberatung für private Haushalte in den Verbraucherberatungsstellen und in kommunalen Stützpunkten sowie Energiegutachten vor Ort für Besitzer von Wohngebäuden. Auch das Gebäudesanierungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung trägt zum Klimaschutz und zu deutlicher Energieeinsparung bei. Diese Programme stabilisieren auch die Bauwirtschaft und das Handwerk.

► **Rohstoffstrategie nachhaltig weiterentwickeln, Rohstoffagentur aufbauen.** Wir setzen uns dafür ein, Marktverzerrungen auf den Rohstoffmärkten abzubauen und daneben die Rohstoffversorgung zum Beispiel durch neue Rohstoffpartnerschaften zu sichern. Der „Interministerielle Ausschuss Rohstoffe“ unter Beteiligung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie identifiziert kontinuierlich anstehenden Handlungsbedarf und entwickelt Lösungsmöglichkeiten. In Kooperation mit der Wirtschaft wird eine neue, serviceorientierte Rohstoffagentur bei der Bundesanstalt für Rohstoffe und Geowissenschaften aufgebaut. Diese Agentur soll als Ansprechpartner in Rohstofffragen und als Dienstleister der Wirtschaft die Markttransparenz erhöhen. Die Bundesregierung verbessert außerdem die Rahmenbedingungen für die Rückführung der in Abfällen enthaltenen Wertstoffe in den Wirtschaftskreislauf.

► **Effizienten Rohstoff- und Materialeinsatz mit Hilfe von Innovationsgutscheinen fördern.** Die 2009 eingeführten Innovationsgutscheine helfen kleinen Unternehmen, kostengünstig fachkundige Beratung in Anspruch zu nehmen. Sie werden in Kürze auf Rohstoff- und Materialeinsatzfragen ausgeweitet. Damit werden Anreize gesetzt, verstärkt Forschungsaktivitäten in diesem Bereich zu ergreifen.

8. Spielräume schaffen – Weniger Bürokratie stärkt Eigenverantwortung



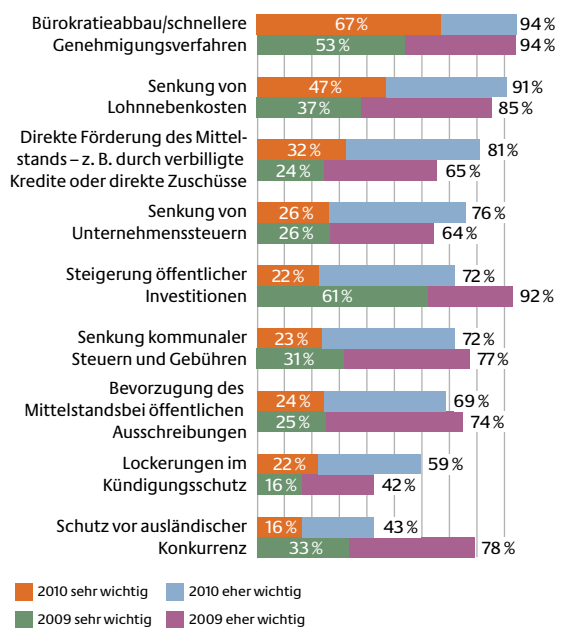
© vspn24 – iStockphoto

Kleine und mittlere Unternehmen profitieren in besonderem Maße, wenn dereguliert wird und Bürokratiekosten sinken. Im Verhältnis zu großen Unternehmen machen administrative Kosten einen überproportionalen Teil an den Gesamtkosten aus. Ein schlanker Regelungsrahmen und zügige Verwaltungs- und Gerichtsverfahren tragen dazu bei, Spielräume für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung zu erweitern. Das BMWi setzt sich dafür ein, Regulierung immer wieder auf den Prüfstand zu stellen.

► **Bürokratieabbau stärkt den Mittelstand.** Aus Sicht mittelständischer Unternehmen ist der Bürokratieabbau die wichtigste Maßnahme, um den Mittelstand in Deutschland zu stärken – so eine Umfrage von Ernst & Young (Mittelstandsbarometer 2010). Schätzungen zufolge müssen im EU-Raum größere Unternehmen für eine Regulierungsmaßnahme 1 Euro pro Mitarbeiter ausgeben, kleine und mittlere Unternehmen dagegen bis zu 10 Euro durchschnittlich pro Mitarbeiter.

Forderungen an die Politik

Welche Maßnahmen würden den Mittelstand in Deutschland aus Ihrer Sicht deutlich stärken? (Mehrfachnennungen möglich)



► **Steuerrecht bietet Anknüpfungspunkte für Kostensenkungen.** Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Komplexität des Steuerrechts oftmals eine Hürde dar, die nur mit großem Aufwand und hohen Kosten zu meistern ist. Nach einer ZEW-Studie im Auftrag des BMWi könnten durch Steuervereinfachung erhebliche Kosten eingespart und Ressourcen freigesetzt werden. Das Entlastungsvolumen für Unternehmen wird auf über 3 Milliarden Euro geschätzt.

► **Sanieren geht vor Liquidieren.** Insolvenzen betreffen kleine und mittlere Unternehmen in besonderem Maße, da Absatz- oder Liquiditätsprobleme sie häufig in ihrer Existenz bedrohen. Darüber hinaus sind sie oft als Lieferanten oder Subunternehmer einem erhöhten Risiko von Folgeinsolvenzen ausgesetzt. Ein modernes Insolvenzrecht kann helfen, insolvente Unternehmen zu sanieren und auf diese Weise materielle und immaterielle Vermögenswerte sowie Arbeitsplätze zu erhalten.

Was wir tun

► **Steuerrecht vereinfachen, Gewerbesteuer ersetzen.** In keinem anderen Land gibt es eine der Gewerbesteuer vergleichbare Steuer. Für die Gemeinden ist sie eine sehr schwankende Einnahmequelle. Zugleich kann sie bei ertragsschwachen Unternehmen zur Besteuerung der Substanz führen und damit Investitionen und Arbeitsplätze gefährden. Deshalb unterstützt das BMWi den Vorschlag, die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer sowie durch einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz zu ersetzen. Um die Planungssicherheit der Unternehmen zu erhöhen und damit Transaktionskosten zu senken, hat sich das BMWi außerdem dafür eingesetzt, die steuerlichen Betriebsprüfungen zeitnah zur Entstehung der Steuer durchzuführen sowie steuerrechtliche Aufbewahrungsfristen zu verkürzen.

► **Mit einer konsequenten Konsolidierungsstrategie Spielräume für steuerliche Entlastungen erschließen.** Die Bundesregierung wird insbesondere die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen – dazu gehören auch viele mittelständische Unternehmer – so rasch wie möglich, möglichst noch in dieser Legislaturperiode, steuerlich entlasten. Dazu müssen – unter Einhaltung der Schuldenregel – die notwendi-

gen haushaltspolitischen Spielräume erarbeitet werden. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für den Stufentarif ein.

► **Bürokratie weiter abbauen, Rechtsfolgen besser abschätzen.** Um den Bürokratieabbau konkret voranzutreiben, hat die Bundesregierung einen Umsetzungsplan mit zahlreichen Maßnahmen beschlossen. Zum Beispiel kann allein mit einer Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung eine Entlastungswirkung von über 4 Milliarden Euro erreicht werden. Um die Folgen von Rechtssetzung noch umfassender abzuschätzen, sollen künftig nicht nur Dokumentations- und Nachweispflichten gemessen werden, sondern der gesamte messbare Aufwand aus der Erfüllung bundesrechtlicher Normen.

► **BMW-Förderprogramme straffen.** Das BMWi arbeitet daran, seine eigenen Förderprogramme umfassend zu straffen, zu bündeln und noch genauer auf die jeweiligen Zielgruppen auszurichten. Ziel ist es, zu einem ordnungspolitisch schlüssigen, einheitlichen und transparenten Gesamtauftritt des BMWi-Förderangebots zu kommen. Vorbild für diese Straffung ist das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand ZIM, das zu mehr Transparenz und einer Vereinfachung der Antragsverfahren geführt hat.

► **Kleinstunternehmen bei Offenlegungspflichten entlasten.** Um mittelständische Kapitalgesellschaften bei den Offenlegungspflichten zu entlasten, setzt sich das BMWi auf europäischer Ebene dafür ein, Kleinstunternehmen vom Anwendungsbereich des EU-Bilanzrechts auszunehmen.

► **IFRS-Regeln mittelstandsfreundlich umsetzen.** Der internationale Bilanzstandardsetzer IASB bereitet Anpassungen vor, insbesondere zur Bilanzierung von Leasing- und Mietverträgen, zur Saldierung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie zur Darstellung des Jahresabschlusses. Auch die mittelständischen Unternehmen müssen sich auf neue Rechnungslegungsvorschriften einstellen. Die neuen Vorschriften sollen zügig, eventuell noch in diesem Jahr, in das EU-Recht übertragen werden. Das BMWi wird auf eine mittelstandsfreundliche Umsetzung drängen. Wir müssen unnötige bürokratische Belastungen unbedingt vermeiden.

► **Reform des Insolvenzrechts mittelstandsfreundlich umsetzen.** Die Bundesregierung plant eine Reform und Weiterentwicklung der Insolvenzordnung in drei Stufen. Ein Gesetzesentwurf zur ersten Reformstufe liegt vor. Er umfasst die dringends-



© Sandra Brunsch - Fotolia

ten Änderungen, insbesondere zum Insolvenzplanverfahren. Vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen der vergangenen Jahre sollen u. a. die Eigenverwaltung gestärkt und so die Kenntnisse und Erfahrungen der bisherigen Geschäftsleitungen besser genutzt werden. In einer zweiten Reformstufe sollen die Zeit bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung auf drei Jahre verkürzt werden. Das BMWi setzt sich für diese Änderung ein, um gescheiterten Unternehmern einen schnelleren wirtschaftlichen Neustart zu ermöglichen. Darüber hinaus wird angestrebt, ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren einzuführen. Längerfristig plant die Bundesregierung in einer dritten Stufe, die Regelungen für die Konzerninsolvenzen und die Insolvenzverwalter anzupassen.

► **EU-Mittelstandsmonitoring einführen, KMU-Test stärken.** Die Auswirkungen neuer EU-Initiativen auf mittelständische Unternehmen sollen künftig schon in der Phase vor Verabschiedung durch die EU-Kommission in den Blick genommen werden. Das BMWi führt deshalb einen Mittelstandsmonitor für EU-Vorhaben ein. Ziel ist, mittelstandsrelevante Vorhaben von Beginn an aus der Vielzahl europäischer Initiativen herauszufiltern und besonders zu überwachen. Alle beteiligten Akteure sollen fortlau-

fend für diese Vorhaben sensibilisiert werden, damit die Interessen des Mittelstandes frühzeitig und aktiv in die Verhandlungsprozesse eingebracht werden können. Auf EU-Ebene wird – im Rahmen der Folgenabschätzungen – geprüft, ob neue Initiativen der EU-Kommission die Belange des Mittelstandes berücksichtigen (KMU-Test). Das BMWi setzt sich dafür ein, dass dieser KMU-Test konsequent bei allen Folgenabschätzungen durchgeführt und auch im Rahmen von nachträglichen Überprüfungen bestehenden EU-Rechts angewandt wird.

► **Anliegen des Mittelstands auf europäischer Ebene voranbringen.** Die EU-Kommission überarbeitet zurzeit den Small Business Act (SBA). Aus unserer Sicht ist es wichtig, den SBA stärker mit der Europa 2020-Strategie zu verzahnen und darauf aufzubauen. Damit die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen hinreichend berücksichtigt werden, sollte außerdem der Posten des EU-Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen schnell mit einer profilierten Persönlichkeit besetzt werden. Daneben drängt die Bundesregierung in der Diskussion darauf, bisher nicht umgesetzte Gesetzesvorschläge, die Rahmenbedingungen auch für kleine und mittlere Unternehmen verbessern helfen, zügig anzunehmen.

9. Den Dialog mit dem Mittelstand vertiefen



© suedhang - cultura - Corbis

- ▶ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird den **Dialog mit dem Mittelstand** weiter verstärken. Nur durch umfassende Information und eine breite Beteiligung mittelständischer Unternehmerinnen und Unternehmer kann Mittelstandspolitik erfolgreich umgesetzt werden. Deshalb wird das BMWi die hier vorgelegten Vorschläge in einem umfassenden Dialog mit den Vertretern der mittelständischen Wirtschaft erörtern.
- ▶ In einem ersten Schritt hat der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie zu einem **Mittelstandstag am 1. Februar 2011** eingeladen. Im Vordergrund stehen die Themen „Fachkräftesicherung“ sowie „Unternehmensgründungen“.
- ▶ Im Laufe des Jahres 2011 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie verschiedene Fachkonferenzen zu mittelstandsrelevanten Themen veranstalten, um Zukunftsthemen des Mittelstandes einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Beispiel dafür ist die **Gründerwoche Deutschland**, die wieder im November durchgeführt und von einer breiten Resonanz aller wichtigen Gründungsakteure in Deutschland getragen wird. Mehr als 680 Institutionen hatten sich bereits im vergangenen Jahr an der Gründerwoche beteiligt. Darüber hinaus bringen wir Anliegen des Mittelstandes aktiv in die branchenbezogenen Dialoge zwischen Wirtschaft und Politik ein.

- ▶ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie legt großen Wert darauf, dass die mittelständische Wirtschaft bei **Auslandsreisen** von Mitgliedern der Bundesregierung sowie auf **internationalen Messen** angemessen vertreten ist.
- ▶ Mit dem Institut für Mittelstandsforschung in Bonn (IfM) und dem Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft (RKW) stehen uns zwei Institutionen zur Seite, die die Probleme des Mittelstandes analysieren, Lösungsvorschläge erarbeiten und für den Transfer der gewonnenen Erkenntnisse in die mittelständische Wirtschaft sorgen.
- ▶ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie setzt auf den Mittelstand. Der Beauftragte der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus im BMWi, der Parlamentarische Staatssekretär Ernst Burgbacher, ist als Ansprechpartner für mittelstandspolitische Fragen **im ständigen Dialog mit Unternehmen, Verbänden und Politik**. Eckpunkte und wichtige Einzelfragen der Mittelstandspolitik werden regelmäßig im Beirat für Fragen des gewerblichen Mittelstandes und der Freien Berufe (Mittelstandsbeirat) besprochen. Diese Expertise möchten wir nutzen, um Spielräume zu erweitern und das Unternehmertum in Deutschland zu stärken.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.